

Veranstaltung mit Nicole Gohlke (MdB), Ronja Fröhlich (Bündnis "Nein zur Wehrpflicht")
Patrick Kundmüller (Initiative gegen die Wehrpflicht), Tommy Rödl (DFG-VK Bayern)
Film "Nein meine Söhne geb' ich nicht!" des Ver.di Arbeitskreises.

Begrüßung und Vorstellung der Podiumsteilnehmer durch Hedwig Krimmer

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich begrüße euch ganz herzlich im Namen des Arbeitskreis aktiv gegen Rechts, auch natürlich von der GEW und DFG-VK München, die gemeinsam hier diese Veranstaltung gegen die Wehrpflicht machen. Ja, dann freue ich mich natürlich, dass Nicole Gohlke da ist, die heute zu uns referieren wird. Und ich begrüße die drei Aktivisten, die dann nach der Nicole drankommen, die Ronja, Patrick und Tommy und die Ronja für das für das bundesweite Bündnis "Nein, zur Wehrpflicht". Der Patrick für die Komitees gegen die Wehrpflicht und der Tommy für die DFG-VK, die wohl älteste Friedensorganisation in diesem Land und war selbst Kriegsverweigerer. [Applaus]

Wir beginnen mit einem kurzen Video von 1954 von einer DGB Jugendaktion hier in München. Das war einfach wichtig, das zu zeigen, weil die Gewerkschaften kämpfen nicht erst seit jetzt gegen Krieg und Faschismus, sondern das hat eine Geschichte und Tradition und gerade die DGB Jugend war da ein ganz wichtiger Faktor. Und Nicole, du hast das Wort.

Einführungsreferat durch Nicole Gohlke MdB / Die Linke

Danke. Ja, erstmal genau herzlichen Dank an Hedwig und an den Arbeitskreis und an alle anderen Organisatorinnen. Genau. Erstmal herzlichen Dank dafür.

Ich find's großartig und ich find es wahnsinnig wichtig und ich würde mir wünschen, dass auch vielleicht vom heutigen Tag dann gleich so ein Impuls ausgeht, dass wir ja, dass wir das an allen Orten machen, weil ich wirklich glaube, die Zeit drängt. Ich wollte ein paar Sachen sagen, natürlich jetzt zum Gesetz selber, aber auch zu unserer zu meiner Einordnung und wie ich das bewerte. Das sogenannte Wehrdienstmodernisierungsgesetz, so heißt das Gesetz, soll eigentlich laut Plan hieß es noch im Dezember verabschiedet werden und soll dann ab 1.26 gelten und in Kraft treten. So ist der Plan. Ob der Plan so gehalten wird, ist so ein bisschen unsicher, weil sich die Koalition ja auch, wie ihr gemerkt habt, verhakt hat an der einen oder anderen Stelle. Ich weiß nicht, ob es nur das Losverfahren war oder ob es auch andere Fragen waren, aber auf jeden Fall ist, glaube ich, der Ablauf nicht ganz gesichert, ob das so bleiben wird.

Bisher sieht dieses Wehrdienstmodernisierungsgesetz vor, dass volljährige Männer ab Geburtsjahr 2008 zum Ausfüllen eines Online-Fragebogens und zur Abgabe einer Bereitschaftserklärung verpflichtet werden sollen. Das Nichtbefolgen gilt als eine Ordnungswidrigkeit. Ab 2027 soll es dann eine verpflichtende Musterung geben und im Spannungsfall auch für Männer vor 2008 geboren gelten. Für Frauen gilt bislang die Freiwilligkeit. Ich finde an der Stelle erstmal ganz wichtig, dieses Wehrdienstmodernisierungsgesetz ist de facto die Einführung der Wehrpflicht. Mitunter wurde das ja von Regierungsmitgliedern anders dargestellt. Da wurde dann immer gesagt, genau, das ist ja erstmal eben nur eine Modernisierung. Da geh das Wort Wehrpflicht ist taucht sozusagen überschaubar oft aus auf. Ich glaube, es gibt auch in der Uneinigkeit oder in der schwarzroten Koalition eine Uneinigkeit darüber, wie offensiv man eben auch schon die Wehrpflicht kommuniziert. Ihr habt gemerkt, der Bundeskanzler März ist sehr offensiv. Der will die Wehrpflicht am liebsten sofort einführen und macht die Wehrpflicht ja auch wirklich als ideologische Ansage im Kontext der sogenannten Zeitenwende.

Die SPD macht vom Grundsatz her wie immer mit, aber setzt auf die sogenannte "Freiwilligkeit" statt auf "Pflicht", was aber im Fall dieses Wehrdienstmodernisierungsgesetzes wirklich pure Augenwischerei ist, denn im Gesetz steht klipp und klar geschrieben, dass die Wehrpflicht von der Bundesregierung künftig dann per Rechtsverordnung eingeführt werden kann und zwar eben auch jenseits - und das ist noch mal besonders wichtig - auch jenseits des Spannungs- oder Verteidigungsfalles und das heißt ist, wir reden hier und heute eben nicht nur über eine Wehrdienstmodernisierung, sondern wir reden über die Wiedereinführung der Wehrpflicht, damit auch über die Wiedereinführung von Zwangsdiensten und damit eben auch über eine erhebliche Grundrechtsbeschränkung.

Das wird sich massiv natürlich auf das Leben, auf die Lebensentwürfe, auf die Lebensläufe von jungen Menschen, aber natürlich auch schon von jetzigen Soldatinnen und Soldaten und Reservistinnen und Reservisten auswirken. Durch eine Wehrpflicht sind eine ganze Reihe von anderen Grundrechten erheblich betroffen. Sie sind eingeschränkt oder können gar nicht realisiert werden.

Ich will mal die wichtigsten nennen. Das ist der Artikel 2, das Recht auf körperliche Unversehrtheit und auch das Recht auf Freiheit. Es ist der Artikel 11, das Recht auf Freizügigkeit. Artikel 13, die Unverletzlichkeit der Wohnung. Und natürlich ist auch betroffen das Recht auf freie Berufswahl. Das ist natürlich schon in dem Artikel 12 auch eingeschränkt. Aber es sind insgesamt wirklich eine Reihe von Grundrechten, die dadurch eingeschränkt und massiv betroffen werden. Und natürlich ist es auch von ganz massiv volkswirtschaftlicher und gesellschaftlicher Bedeutung,

insofern als dass natürlich all die jungen Menschen oder auch andere dann Reservistinnen und Reservisten dem Arbeitsmarkt erstmal nicht oder gar nicht mehr zur Verfügung stehen.

Und das heißt, die Entscheidung, die hier mit diesem Wehrdienstmodernisierungsgesetz gefällt werden soll, ist eine von erheblicher Tragweite. Es ist keine Kleinigkeit und keine Petitesse, auch wenn es manchmal von der Regierung anders dargestellt wird. Ich finde, es ist ein absoluter Skandal, dass so etwas wie die Einführung, die Wiedereinführung der Wehrpflicht durch eine Rechtsverordnung der Bundesregierung bestimmt werden können soll. Das das gewählte Verfahren bedeutet, dass die Wehrpflicht in Zukunft mit einfachen Mehrheiten einer Regierung, ohne eine Grundgesetz ändernde Zweidrittel Mehrheit und damit natürlich auch ohne die Opposition mit einbeziehen zu müssen, durchgeführt werden kann und auch ohne das normale gesetzgeberische Verfahren, was natürlich auch da drin besteht, dass es erstmal eingebracht wird in den Bundestag und dann gibt es Ausschüsse und Anhörungen und so weiter und Beratungen dazu, und dann wird es sozusagen Schlussberaten. All das muss dann eben nicht mehr stattfinden. Und deswegen allein sozusagen, dass man sagt, so ein krasser Grundrechtseinschnitt, ja, also ein Gesetz mit so einer Wirkung kann einfach mit einer Rechtsverordnung dann am Ende durchgebracht werden.

Es ist wirklich ein Skandal und ich finde es ist die Aufgabe von allen Linken, aber auch von allen Kräften, die sich als progressiv irgendwie bezeichnen, denen die Selbstbestimmung, denen die individuelle den individuelle Freiheitsrechte etwas bedeuten. Ich finde, es ist die Aufgabe von all diesen Kräften gegen das Gesetz mobil zu machen, aufzuklären und wirklich auch Widerstand aufzubauen, denn es ist eine massive Grundrechtseinschränkung.

Die Linke: Wir haben zur Wehrpflicht eine sehr klare Haltung. Wir stehen damit im Bundestag allein auf weiter Flur. Wir sind gegen jede Form von Zwangsdiensten, auch von zivilen Zwangsdiensten. Sie widersprechen dem Anspruch einer selbst bestimmten und einer freien Gesellschaft. Sie führen im schlimmsten Fall zur erzwungenen Teilnahme am Krieg, damit auch am Töten und im schlimmsten Fall natürlich auch zum Sterben. Und wir fordern stattdessen und das haben wir ja auch in den letzten Wochen schon in den Bundestag eingebracht, wir fordern stattdessen die Streichung der Wehrpflicht aus dem Grundgesetz. Das ist Artikel 12a.

Ich will vielleicht noch so ein paar Argumente oder Gegenargumente nennen, die einem in der Debatte immer wieder begegnen. Also, da heißt es ja immer, das sind jetzt ganz große Bedarfe und darauf muss man dann eben mit einem Zwangsdienst oder einer Zwangsmaßnahme reagieren. Also aus einer Logik der gesellschaftlichen Bedarfe heraus hätte es natürlich oft und schon immer wieder Gründe gegeben, Menschen zwangsweise zu bestimmten Ausbildungswegen, zu Berufen oder Arbeitsleistungen heranzuziehen. Ich denke da jetzt natürlich an den ungeheuren Mangel, z.B. an Pflegekräften und medizinischen Personal, was wir alle mitten auch in der Coronapandemie schmerzlich zu spüren bekommen haben. Ich denke an sowas wie den Ärztinnenmangel im ländlichen Raum oder den zum Dauerzustand gewordenen Mangel an Lehrkräften und Erzieherinnen.

Aber aus guten Gründen entscheidet sich unsere Gesellschaft dazu, dieses Problem eben nicht über Zwangsdienste oder die Beschneidung der individuellen Freiheit von Menschen zu lösen. Und dass das jetzt ausgerechnet in diesem Fall, also sozusagen bei der militärischen Mobilmachung, da soll das aber alles nicht mehr gelten, was uns ansonsten als Gesellschaft eigentlich wichtig ist. Das halte ich für den ersten Skandal und übrigens auch für einen ziemlichen Bruch in der Argumentationslogik. Unsere Aufgabe als Gesellschaft ist es natürlich in all diesen Bereichen mit guten Ausbildungsbedingungen, mit der Attraktivität von Berufen durch gute Bezahlung, durch gute Arbeitsbedingungen dafür zu sorgen, dass wir Mängel und Probleme in den Griff bekommen.

Aber auch daran scheitert die Bundesregierung in all diesen Feldern, weil sie und das ist, glaube ich, auch ideologischer Kern der Debatte natürlich selber so sehr in eine Kriegsrhetorik einstimmt und bereit ist den Zielen von nationaler Wehrhaftigkeit, von Aufrüstung und von der weitgehenden Militarisierung der Gesellschaft alles andere unterzuordnen und diesen Zielen eben auch bereit ist, den Sozialstaat zu opfern. Das erleben wir ja auch auf allen anderen Feldern, dass wir sozusagen eine ungeheure Unwucht haben, die Aufrüstung, was auch die Ausstattung und die Mobilisierung von Geldern für diesen Bereich anbelangt und in allen anderen Bereichen massivste Kürzungen erleben. Das zeigt natürlich, wie dramatisch dieser Logik alles untergeordnet wird.

Ich finde in diesem Zusammenhang ist es auch bezeichnet, dass die anderen Parteien zwar und kruder weise oder bezeichnenderweise auch angeführt von den Grünen hier in Bayern einen Freiheitsdienst oder ein gesellschaftliches Pflichtjahr dann auch fordern. Das ist deswegen noch mal besonders absurd, weil bestehendes gesellschaftliches Engagement, also da, wo Menschen sich bereits einsetzen und engagieren und versuchen aktiv zu werden, das wird nicht anständig finanziert, es wird nicht gewürdigt, es wird sogar, wie wir erleben, durch die aktuelle Regierung immer wieder aktiv behindert. Wir wissen das, dass es Ehrenamtliche trifft, Ehrenamtliche, die sich jetzt irgendwelchen Gesinnungstests aussetzen sollen. Das ist jetzt gerade Usus ja beim Bundesprogramm "Demokratie leben". Da wird geguckt, wer überhaupt noch Gelder bekommen kann und Menschen, die eben antifaschistisch auffallen, z.B. sollen das dann nicht mehr bekommen können. Das ist der Umgang mit unseren Ehrenamtlichen. Gleichzeitig werden z.B. auch

die Mittel für das freiwillige soziale oder das freiwillige ökologische Jahr, die sind völlig unterdimensioniert. Die wurden im Bundeshaushalt 2025 gekürzt.

Was ich damit sagen will, wie absurd ist es, eine Debatte darüber anzufangen, dass wir zivile Pflichtjahre brauchen, wie das jetzt die Grünen machen, oder dass wir das gesellschaftliche Pflichtjahr oder den Freiheitsdienst brauchen, wenn gleichzeitig das, was es gibt, alles behindert wird und es nicht mal genug Stellen für diejenigen gibt, die eigentlich gerne sich in diesem Bereich engagieren würden. Also, wir sehen an der Stelle, finde ich, auch die Verlogenheit der Debatte und ich finde ganz besonders perfide natürlich den Ruf nach einer Wehrpflicht auch für Frauen. Auch damit ist ja schon der Bundeskanzler jetzt hausieren gegangen und das wird dann sozusagen auch noch als Gleichberechtigung geframed. Aber integraler Bestandteil von Feminismus ist natürlich die Selbstbestimmung. Also darum geht es. Es geht um die Selbstbestimmung von Frauen und damit ist das natürlich das glatte Gegenteil eines verpflichtenden Wehrdienstes und eines Zwangs. Und ich muss auch sagen, dass eben jetzt auch wieder ausgerechnet Vertreter der Parteien, die verhindert haben, dass z.B. das Gewalthilfegesetz scharf gestellt wurde, die verhindern, dass es genug Frauenhausplätze gibt, die daran schuld sind, dass es immer noch zu wenig Kita- oder Hortplätze gibt oder dass Frauen endlich mal gleich gleichermaßen bezahlt werden für die gleiche Arbeit. Genau diejenigen erzählen jetzt irgendetwas in diesem Zusammenhang von Gleichberechtigung und Gleichstellung.

Also, das ist wirklich bezeichnend, aber eben auch wirklich eine krasse, krasse Unverschämtheit. Ich möchte oder wir müssen uns aber glaube ich auch klar sein, es ist kein Zufall, warum der Widerstand der anderen im Bundestag vertretenden Parteien gegen die Wehrpflicht so klein bleibt bzw. eigentlich gar nicht vorhanden ist. Die Argumentation der Bundesregierung für dieses Gesetz beruht auf dem Argument der sogenannten Zeitenwende. Das ist ja nicht erst von März ins Feld geführt worden, sondern das geht ja auf Scholz noch zurück. Aber diese Zeitenwende-Rhetorik wird wirklich im Kern ausnahmslos von allen anderen im Bundestag vertretenden Parteien geteilt bei der AfD vielleicht mit Abstrichen, was die Einschätzung sozusagen von Putin anbelangt. Dafür teilen die aber umso mehr die Vorstellung einer militarisierten Gesellschaft. Die landläufige Vorstellung ist aber das ist ja auch wirklich die bewusste Rhetorik im Kontext der Zeitenwende äh Debatte. Es gibt durchgeknallte Despoten wie Putin oder jetzt vielleicht auch Donald Trump, gegen deren Autoritarismus und imperiale Bestrebungen wir uns mit möglichst viel nationaler Wehrhaftigkeit und Aufrüstung zur Wehr setzen müssen. Ein bis an die Zähne bewaffnetes, wenn es nach Jens Spahn ginge, sogar mit Atombomben bewaffnetes Deutschland oder eine mit Atombomben bewaffnete EU sollen dann in der Lage sein, Putin oder Trump zu stoppen.

Ich denke, das ist eine verheerende Fehleinschätzung, wenn nicht eigentlich zu sagen, eine bewusste Verzerrung auch der Gegebenheiten. Wir müssen sehen, dass wir hier in Deutschland und europaweit Teil einer globalen Entwicklung sind, wo der Enthemismus und die globale Konkurrenz umschlagen in das Wachstum von autoritären Bewegungen und wo dadurch auch neue Despoten hervorgebracht werden, denen der Abbau von sozialen Standards und von Grundrechten nach innen und imperiale Bestrebungen und die Aufrüstung gegen einen äußeren Feind gemeinsam ist. Das glaube ich, wir müssen sehen, dass das eine globale Entwicklung ist und nicht eine sozusagen genau eine Bewegung, die es nur in einzelnen Ländern geht. Das Bild, dass wir es mit einer Zeitenwende zu tun haben, die von außen über uns hereinbricht und unsere Demokratie bedroht, halte ich für falsch.

Die Wahrheit ist, dass demokratische und soziale Errungenschaften weltweit bedroht sind durch rechte und autoritäre Bewegungen, und dass Autoritarismus und Militarismus gemeinsame Erscheinungen sind, dass sie zwei Seiten derselben Medaille sind und dass wir sie auch zusammen bekämpfen müssen und nicht denken können, wir können das eine mit dem anderen schlagen. Wir haben am Ende nichts gewonnen, wenn wir zwar am Ende eine hochgerüstete und durchmilitarisierte Gesellschaft sind, wie sich die Bundesregierung das vorstellt, aber wenn dann die AfD das nächste Mal an der Macht oder an der Regierung ist, wenn gleichzeitig demokratische Errungenschaften zurück gebaut werden, wenn der Sozialstaat zerschlagen wird und die Gesellschaft am Ende eigentlich nicht mehr lebenswert ist.

Die Wehrhaftigkeit der Demokratie bemisst sich nicht an militärischer Stärke, sondern an gesellschaftlicher Resilienz durch soziale Teilhabe und durch gelebte Demokratie. Und das ist das, wofür wir hier streiten müssen. Und deswegen lasst uns gemeinsam gegen die Wehrpflicht kämpfen. Lasst uns in München, lasst uns überall die Büros der Linken, die anderen Einrichtungen von linken Organisationen, von linken Gruppen nutzen, überall dort, wo Linke zusammenkommen, auch Wehrpflicht-Verweigerungsberatungsstellen aufbauen und lasst uns aber auch unbedingt gegen die anderen Formen der Militarisierung unserer Gesellschaft kämpfen, gegen die Durchdringung des öffentlichen Raums in Form von dauernder Bundeswehrwerbung, gegen die Bundeswehr an Schulen auf Ausbildungsmessen in Jugendcamps und auch gegen die Militarisierung der Wissenschaft und des Gesundheitswesens. Das sind alles Sachen, die jetzt auf dem Plan stehen. Unsere ganzen Kliniken sollen ja irgendwie zu NATO-Drehkreuzen werden. Da steht wirklich gerade viel auf dem Spiel und ich glaube, es ist wichtig, dass wir begreifen, diese Debatte um die Wehrpflicht ist der Ausgangspunkt für ganz viel anderes. Wir müssen uns da auf viel einstellen und wir brauchen einen langen Atem, um das auch wieder zurück zu kämpfen. Danke euch. [Applaus]

Kurzreferat durch Ronja Fröhlich, Bündnis Nein zur Wehrpflicht

Ja, ich will vielleicht ein bisschen, also nicht direkt bei Nicole anknüpfen. Ich dachte eigentlich, hier steht so groß der Veranstaltungstitel und wollte dann jetzt so sagen, die Frage ist ja, was tun gegen die Wehrpflicht und da will ich anknüpfen. Jetzt steht er hier nicht, aber ich knüpf trotzdem da an. Und will bisschen damit anfangen, wer sich eigentlich gerade diese Frage stellt, weil offensichtlich sind es sehr viel mehr Menschen, als gerade hier in diesem Raum sind und vor allem viele junge Menschen.

Wenn wir uns anschauen, wie selbst die öffentlichen Befragungen zur Wehrpflicht sind, dann wissen wir, dass bei den unter 34-jährigen über die Hälfte gegen die Wehrpflicht ist. Wer wird nicht befragt? Die, die es betrifft, weil unter 18 wird man nicht befragt in so Talkshows und irgendwelchen Befragungsformaten und wir machen mit dem Wehrpflichtbündnis gerade viele Umfragen an Schulen, wo wir also diejenigen, die wirklich dann 2008 geboren sind, fragen, was haltet ihr eigentlich von der Wehrpflicht? Habt ihr da Lust drauf? Findet ihr das gut und so weiter. Und da ist die Erfahrung, dass eher so 80 bis 95% sagen, nee, wollen wir überhaupt nicht. Das ist komplett irre. Und ich glaube, das liegt vor allem daran, dass den Jugendlichen am Ende schon sehr, sehr klar ist, was Bundeswehr für sie bedeutet, was Wehrpflicht für sie bedeutet, dass es bedeutet, dass es eine Einschränkung der Persönlichkeitsentwicklung ist, dass es bedeutet -Nicole, du hast es schon aufgemacht - Sexismus, faschistische Netzwerke, Drill, Zwang und Gewalt.

Und junge Menschen wissen auch, dass in der Zeit, wo klar ist, es geht jetzt Richtung Krieg, es wird gerade zum Krieg gerüstet in Deutschland, Deutschland soll kriegsfähig gemacht werden, das kein Witz ist, wenn wir sagen, die Wehrpflicht ist für uns lebensgefährlich. Wenn nicht sofort, dann später als Reservist. Nicole hat das gesagt, sobald man einen Tag in der Bundeswehr ist, kann man bis zum 65. Lebensjahr dann eingezogen werden und wird dann als erstes an die Ostfront geschickt. Das bedeutet auch ausgebildet zu werden, um auf andere Menschen zu schießen. Und ich glaube, das sind alles so Punkte, die sind nicht so abstrakt, sondern sehr stark im Bewusstsein junger Menschen, wenn man mit ihnen über die Wehrpflicht redet, was das für sie bedeutet. Und ich glaube, genau, weil junge Menschen eben das wissen, sagt auch einen Großteil der jungen Leute am Ende nein zur Wehrpflicht.

Und da ist auch eben bisschen unser Ansatz zu sagen, okay, wir wollen das zusammenführen und das eben gemeinsam machen, gemeinsam den Protest organisieren und eben als Bündnis dann sagen mit allen, die das auch sagen "Nein zur Wehrpflicht". Wenn wir uns anschauen, was über die Jugend hinaus noch Positionen sind zur Frage Zwangsdienste, aber auch zur Frage Wehrpflicht, dann sehen wir, dass Jugendliche damit gar nicht alleine sind.

Alle großen Sozialverbände in Deutschland haben sich gegen jede Form der Zwangsdienste ausgesprochen. Der Caritas Präsident hat gesagt, es gibt viele gute Gründe darüber nachzudenken, wie man in unserer Gesellschaft den Zusammenhalt fördern kann und Menschen dazu bringt, sich zu engagieren. Eine Dienstpflicht erscheint uns dafür aber nicht der richtige Weg. Der AVO Chef sagt, die Idee eines verpflichtenden Gesellschaftsjahres ist eine doppelte Mogelpackung. Weder stärken wir die Solidarität und den Gemeinsinn junger Menschen, wenn wir sie in einen Pflichtdienst zwingen, noch erreichen wir damit etwas gegen den Fachkräftemangel im sozialen Bereich.

Wieder zurück zur Jugend: Der Bundesjugendring hat sich zur Zwangsdienst und Wehrpflicht geäußert und die sagen, wir lehnen jede Art jede Art von Verpflichtung ab, jetzt und in Zukunft junge Menschen, die sich für einen Dienst in der Bundeswehr gleich in welcher Form entscheiden müssen, die es frei und unbeeinflusst und unter Kenntnis der Gefahren und Risiken tun können. Jede Form auch der indirekten Beeinflussung lehnt der Bundesjugendring ab. Gleiches gilt für einen Pflichtdienst im sozialen Bereich.

Also, wir sehen, man steht auf jeden Fall mit der Position, die wahrscheinlich wir alle hier auch jetzt vertreten, gegen die Wehrpflicht, nicht alleine da. Und der Zusammenschluss ist notwendig. Jetzt stellt sich aber die konkrete Frage, was tun? Und da glaube ich, Nicole hatte vorhin gesagt, alle Kräfte, die irgendwie dann dagegen sind. Und ich glaube, das geht, wie du auch schon aufgemacht hast, weit über das klassische linke Spektrum hinaus, weil am Ende ist es eine Demokratiefrage. Also geht es darum, alle, die für ernsthaft für Demokratie streiten wollen, zusammenzuführen. Und das bedeutet aus unserer Sicht eben im Nein zu Wehrpflichtbündnis mit allen, die es ehrlich meinen, das zu machen. Das bedeutet mit den Sozialverbänden, mit den kirchlichen Jugendorganisationen, mit den Pfadfindern, mit verschiedensten Parteienjugendverbänden. Also in München hat sie jetzt gestartet. Ihr seht da das Plakat für die Demo am 4.12. Und beim ersten Treffen waren neben der DGB-Jugend z.B. auch die Jusos mit dabei und das ist was, wo wir sagen, ja, eure Partei verzapft aus unserer Sicht im Bundestag da gerade richtig großen Unsinn mit. Aber wenn ihr hier mit uns gemeinsam dagegen streiten wollt, dass das durchkommt, dann wollen wir das auch gemeinsam machen und den breitestmöglichen Zusammenschluss da anstreben. Genau. [Applaus]

Und ich glaube, was uns am Ende ein, was dieser gemeinsame Nenner ist, ist, dass wir sagen, junge Menschen sollen nicht zum Kriegsdienst gezwungen werden. Wir wollen, dass das Geld in soziales Bildung und Gesundheit fließt, statt im Krieg. Und wir wollen, dass junge Menschen nicht in Zwangsdienste gesteckt werden und damit als billige

Lückenfüller für den Fachkräftemangel fungieren sollen und gleichzeitig damit ja aber auch Löhne klein gehalten werden können. Also, wenn ich sagen kann, ja, ich habe hier die Armee junger Menschen als Zwangsdienstler, dann ist ja jede Tarifrunde sofort beendet, weil dann kann man ja immer das als Erpressungsargument nehmen. Und ich glaube, das ist auch mittlerweile in den Diskussionen bundesweit, aber auch lokal sehr in der Debatte, dass jetzt auch gesagt wird, ja, wir wollen uns deshalb an den Tarifrunden beteiligen, weil wir sagen, wir sind gegen die Wehrpflicht und wir wollen, dass ihr bessere Löhne bekommt, damit auch gegen den Zwangsdienst sozusagen. [Applaus]

Ich will jetzt zum Abschluss noch mal bisschen konkreter werden. Was müssen wir tun? Es geht darum aus meiner Sicht vor allem Druck aufzubauen. Und in München wollen wir das jetzt eben am 4.12. mit einem großen Protest gegen die Wehrpflicht machen und am 5.12. gibt es bundesweit Initiativen für Schulstreiks. Auch dazu gibt es Planung in München, dass sozusagen die Betroffenen dann sagen, wir streiken jetzt und damit ja auch schon eine Tradition an Jugendbewegung angeknüpft wird mit diesen Schulstreiks jetzt, sowohl an die Bildungsstreiks, aber auch an FFF. [Applaus]

Kurzreferat durch Patrick Kundmüller Initiative gegen die Wehrpflicht

Hi, ich bin Patrick. Ich bin im zentralen Koordinierungsausschuss der Initiative "Schafft Komitees gegen die Wehrpflicht". Ihr seht da hinten unser Transparent und das möchte ich auch betonen, die Losung unserer Initiative ist "Schafft Komitees gegen die Wehrpflicht". Also wir sind noch kein Bündnis oder wir sagen sind auch nicht schon diese fertigen Komitees, sondern wir haben es uns die Aufgabe gemacht eben solche Komitees zu schaffen. Heißt eine Infrastruktur, ein Netzwerk aufzubauen, das den Kampf gegen die Wehrpflicht organisiert, aber auch darüber hinaus, dass der zweite Teil unserer Losung ja Kampf der Kriegsmobilmachung.

Was sollen diese Komitees also für Aufgaben haben? Klar, jetzt momentan ist die Wehrpflicht noch nicht wieder eingeführt. Wir haben die Pläne der Bundesregierung gehört. Die Chance ist ganz gut, dass sie aber in naher Zukunft wieder eingeführt wird. Bis dahin müssen wir auf jeden Fall jede Form des Protests dagegen unterstützen. Wir machen das konkret gerade. Ronja hat gerade schon gesagt, am 8.11. werden es in zehn Städten Demonstrationen stattfinden. Wir bieten aber auch an, da gibt's diese kleinen Karten, die liegen hinten am Infotisch, dass wir z.B. in den Schulklassen und in der Uni, in der Gewerkschaftsjugend oder sonst wo Vorträge halten "was steht eigentlich in diesem Gesetz drinnen?" Weil das wir haben die Erfahrung gemacht, wenn wir gerade an Schulen sind: Ein großer Teil der unter 18-jährigen sagt, was das mit der Wehrpflicht kommt wirklich? Mich betrifft es direkt selber, das wusste ich nicht. All diese Aufklärungsarbeit ist schon was, was wir gerade versuchen massiv mit voranzutreiben.

Wir wollen diese Komitees aber als ein langfristiges Projekt sehen. Also nicht, wenn die Wehrpflicht beschlossen ist, dann ist die Sache vorbei, dann haben wir halt verloren, dann haben wir nichts mehr zu tun, sondern auch dann müssen wir den Kampf gegen die Wehrpflicht, dann geht's eigentlich erst richtig los, ne? Weil dann geht's los mit den Fragebögen. Dann kommen die Musterungen ab 2027 und wie schnell es dann auch geht, dass die Ersten eingezogen werden, werden wir sehen. Und da gibt's verschiedene Möglichkeiten, wie man Widerstand leisten kann und all dies soll in diesen Komitees Platz haben. Es gibt das Klassische, das glaube ich kennt jeder. Tommy wird dann auch mehr dazu sagen, die Kriegsdienstverweigerung, dass ich sag, ich will nicht mit der Waffe in der Hand in der Bundeswehr sein und auf andere Menschen schießen wollen. Da sagst du mehr dazu. Das glaube ich, kann ich mir jetzt sparen.

Es gibt aber z.B. auch die Form der totalen Kriegsdienstverweigerung. Also das heißt dann, ich will nicht als Soldat eingezogen werden. Ich werde aber auch keinen Ersatzdienst machen, also Zivildienst machen. Ich werde nicht an der Musterung teilnehmen und ich werde auch nicht diesen Erfassungsbogen ausfüllen. Das ist ein ziemlich großer Schritt. Da kann es dann auch echt ganz schnell ganz schön ungemütlich werden. Das hat dann sowas mit Militärpolizei und so zu tun. Aber auch das ist eine Form, die es auch in diesem Land gab an Widerstand gegen die Wehrpflicht.

Die dritte Form ist die antimilitaristische Arbeit in der Bundeswehr. Heißt, es gibt auch diejenigen, die sagen, wenn die Bundeswehr mich holt, dann gehe ich da rein und werde alles tun, dass der Laden von innen zerlegt wird. Auch das gab's in diesem Land gab auch in München in den 80er Jahren hier Soldatenkomitees, also von antimilitaristischen Soldaten, die zwangsweise eingezogen worden sind und antimilitaristische Arbeit in der Bundeswehr geleistet haben. Können wir [Applaus] das sind unterschiedliche Formen und ich will es jetzt auch gar nicht hier bewerten, was das Richtige, was das Falsche ist, aber ich glaube, wir sollten uns darüber streiten, welche Formen können wir auch am Widerstand aufbauen, wenn die Wehrpflicht eingeführt ist. Diese Widersprüche müssen wir diskutieren, aber wie es Ronja natürlich auch richtig gesagt hat, in der Praxis ist es wichtig, dass wir konkret gemeinsam auf die Straße gehen, egal welche dieser Formen und Widerstand wir leisten wollen. So, das ist aber eine ziemlich große Aufgabe, ne? Das wird dieser Komitee aufzubauen schafft nicht eine Partei, eine Gruppe, eine Organisation alleine. Da braucht viele Strukturen dahinter. Heißt, da braucht es Juristen die beraten können, was passiert z.B., wenn ich so eine totale Kriegsdienstverweigerung anstrebe, was für Möglichkeiten habe ich dann Prozesse zu führen, wenn ich Ordnungswidrigkeiten bekomme, weil ich den Fragebogen nicht ausgefüllt habe? Wir brauchen da demokratische Ärzte, die im Zweifel sagen: "Na ja, du schaust mir nicht kriegsverwendungsfähig aus. Ich glaube nicht, dass du

tauglich bist als Soldat." Solche Kontakte müssen wir aufbauen. Das ganze wird massiv Geld kosten. Das ist gut, wenn wir hier Spenden sammeln, ne? Aber wenn wir eine große Bewegung starten von denjenigen, die sagen, ich leiste hier Widerstand, dann kann es ganz schnell sein, dass Staatsapparat auch da gegen uns vorgeht und dann braucht da ordentlich Kohle dafür.

Solche Strukturen müssen jetzt aufgebaut werden und das meine ich ist mit eine entscheidende Sache. Es gibt diese Organisationen, die es im Hintergrund haben, das sind unsere Gewerkschaften. Da haben wir Räumlichkeiten, wo wir z.B. Kriegsverweigerungsberatung machen können drinnen. Da haben wir Juristen, da haben wir massiv an Geldern da, da haben wir die Kontakte in die Betriebe rein. Das heißt in unseren Gewerkschaften glaube ich ein ganz massiver Hebel, wo wir den Kampf gegen die Wehrpflicht mit voranbringen müssen. Und es gibt gerade in der Gewerkschaftsjugend gibt's die Beschlüsse dazu. Der DGB und Bundeskongress hat bereits beschlossen sich und dass er gegen die Wehrpflicht ist. Jetzt gibt's auch einen neuen Beschluss der IG Metalljugend. Ich glaube, das ist unsere Aufgabe dafür zu sorgen, dass diesen Worten jetzt auch Taten folgen und dass wir da konkret in die Praxis kommen.[Applaus]

Kurzreferat durch Tommy Rödl DFG-VK

Ja, hallo und guten Abend. Also, ich bin der Thomas Rödl schon erwähnt worden, ich bin seit meiner Kriegsdienstverweigerung das ist ca. 50 Jahre her. Da bin damals mit geworden bei der internationale der Kriegsdienstgegner in München, aus der ist dann später die DFG-VK entstanden und da war ich jetzt 20 Jahre Geschäftsführer und bin jetzt ein Aktivrentner. Ich verfolge die ganze Diskussion mit dem begeisterten und mit einem fragenden Auge oder wieso wie soll ich sagen, was tun gegen die Wehrpflicht? Na, die Antwort liegt doch auf der Hand. Kriegsdienst verweigern. Massenhaft Kriegsdienst verweigern! Und das machen die Leute auch schon.

a, wir haben jetzt so Struktur eingerichtet. Man findet uns im Internet. Es gab 100.000 de Zugriffe in den letzten Monaten. Wir haben uns aufgeteilt nach Bundesländern, wir machen die Beratung für die, die Kriegsdienst verweigern wollen und es werden etliche tausende in dem Jahr, die sich bereits jetzt entschieden haben, den Kriegsdienst zu verweigern und die massenhafte Kriegsdienstverweigerung ist doch die beste Antwort auf die Kriegsvorbereitung und Kriegspropaganda. Ja. Und [Applaus] wir haben den Artikel 4, Absatz 3, Grundgesetz und liebe Freunde von den linken Fraktionen, lest doch mal das Grundgesetz. Und der Artikel 4 Absatz 3 Grundgesetz hebt die Kriegsdienstpflicht aus, denn im 12a Grundgesetz steht drin, wer den Kriegsdienst mit der Waffe verweigert, darf nur zu einem zivilen Dienst eingezogen werden, auch in Kriegszeiten. Und wer den Kriegsdienst verweigert, unterliegt keinem Kriegsdienstzwang. Er muss dann die zivilen Hilfsdienste machen.

Wie man dann im Kriegsfall damit umgehen, ist andere Frage. Ja, und es gibt den 12a Absatz 3 Grundgesetz. Da steht drin, dass auch alle anderen, die weder Militär noch Zivildienst machen, auch Dienst verpflichtet werden können. Arbeitssicherstellungsgesetz und sonst was. Lest bitte das Grundgesetz und da gibt's keine formalen Wege der Verweigerung. Jetzt, wenn ich mal davon ausgehe, dass auch im Kriegsfall der Artikel 4 Absatz 3 Grundgesetz gilt, dann ist doch das der Hebel, um dem Militär die Personalressourcen, die Humanressource zu entziehen. Leute verweigert den Kriegsdienst und ich hoffe, dass auf euren Antiwehrpflichtdemos doch das auch deutlich gesagt wird.

Zwischenfrage: Kannst Du ganz kurz den Artikel zitieren, bitte.

Nee, weil der Artikel 12, 12a Absatz 3 ist ziemlich kompliziert und widersprüchig und das ist eher was fürs Seminar, aber ich kann später noch gern gern drauf eingehen. Was mich mehr interessiert ist die Gewissensprüfung. Niemand darf gegen sein Gewissen zum Kriegsdienst mit der Waffe gezwungen werden. Gewissensprüfung ist Unsinn, ist nicht möglich. Außerdem steht's dem Staat nicht zu rauszufinden, wie ich wirklich denke. Ich habe euch jetzt dieses Buch mal mitgebracht, Sammlung von Grundsatzurteilen zu Kriegsdienstverweigerung. Das ist eine Dokumentation der juristischen Auseinandersetzungen, es gegeben hat in den 60er Jahren, wo die Kriegsdienstverweigerer ihre rechtliche Anerkennung erkämpft haben. Wir haben agitiert gegen die diese Gewissensprüfung sodass dann 1983 unter Helmut Kohl diese Gewissensprüfung tatsächlich abgeschafft worden ist, der Zivildienst 3 Monate verlängert und seit der Zeit gibt's eine faktische Wahlfreiheit und die gibt's auch jetzt. Die, die sich zur Bundeswehr melden jetzt und die Zukunft machen das freiwillig, weil sie das in der Birne haben, dass man sie verteidigen muss, dass man das Land verteidigen muss und das ganze Zeug und da müssen wir ran, ja, die Argumente und die Motivationen der Leute zu erreichen. Kein Krieg, auch kein Verteidigungskrieg, keine Art von Krieg. Lasst euch nicht weiß machen, dass die Russen uns angreifen, das wollen sie nicht. Ja, wir lehnen auch den Verteidigungskrieg ab. Sieht man jetzt in der Ukraine. Was kommt dabei raus? Alles ist zerstört und der Verteidigungskrieg kann zum Atomkrieg werden und die Argumente müssen wir in die Breite tragen. Wozu Bundeswehr? Die Bundeswehr erfüllt keine vernünftigen Zwecke. Folgerung, wir als Pazifisten, Verweigerung ist der erste Schritt, aber dann muss es weitergehen. Kämpfen für die Abrüstung, für die allgemeine Abrüstung und die muss beginnen hier mit der Abschaffung der Bundeswehr in dieser Bundesrepublik Deutschland.

Ich hab ganze Menge aufgeschrieben und ich darf der Gerechtigkeit halber nicht länger reden als die Kollegen vor mir. Für mich ist nicht die Wehrpflicht das Problem. Es gibt Staaten mit allgemeiner Wehrpflicht, die sich völkerrechtskonform und defensiv verhalten haben, obwohl die allgemeine Wehrpflicht ist, namentlich Österreich, Schweiz oder Brasilien, die noch nie einen Krieg geführt haben gegen ihre Nachbarn und jetzt Brasilien die Militär nur benutzt haben, um die eigene Arbeiterklasse zu unterdrücken. Das am Rande.

Ja, die Wehrpflicht ist nicht das Problem. Die Leute müssten das in Kopf kriegen, dass sie mit der Möglichkeit der Verweigerung die Möglichkeit haben, die Kriegspolitik auszuhebeln. Ja, wenn von 400.000 Leuten, was ist der Musterungsjahrgang, vielleicht ist er weniger, 50.000 sind so sowieso unfähig und zu nichts zu gebrauchen. Entschuldigung. Ja, dann gibt's so weitere Untaugliche. Ja, und die, die dann übrig bleiben, müssten verweigern. Und wenn 100.000 von dem Jahrgang verweigern, dann kommt die Bundeswehr nicht weiter rauf als wie sie jetzt sind. Das ist seit 10 Jahren, da haben sie doch das Problem, dass sie bei 180.000 stagnieren und ein Sollwert von 200.000 Soldaten gar nicht erreichen. Sie bräuchten 50.000 Bewerbungen im Jahr, die kriegen sie aber nicht. Ja und jetzt mit diesen ganzen Firlefanz, Entschuldigung, mit Fragebögen und Erfassung und sonst wie, ja da machen es dann die Leute erst richtig drauf aufmerksam, dass jetzt ernst wird, Freunde. Ja. Jetzt geht's dann los und dann entscheiden die sich hoffentlich, dass dass Kriegsdienstverweigern und wir unterstützen sie dabei.

Ja, jetzt war's bisschen unsortiert. Ich komme zum Schluss. Wenn ihr mir ein Plädoyer halten lasst für die massenhafte Kriegsdienstverweigerung, dann komme ich zu eurer Antiwehrpflicht Veranstaltung. Aber wenn da immer nur an der Oberflächliche am eigentlichen vorbeigeredet wird und das eigentliche ist der Militarismus in den Köpfen, den man versucht uns einzureden. Das eigentliche ist der Militarismus. Ja, [Applaus] Das war der Schrei nach Zugabe. Und nur und nur der Pazifismus hat eine konsequente Position allgemeine Abrüstung und Abschaffung der Bundeswehr. Nicht 70, nicht 50, nicht 30 Milliarden für die Bundeswehr pro Jahr überhaupt nichts. Nada, was willst du mit der Bundeswehr? Was willst du mit der Bundeswehr, die da nichts zu gebrauchen ist, da kann man das Segelschiff rumfahren lassen oder die Kompanie. Meinetwegen habe ich nichts dagegen, aber dann ist man ist man zu nichts in der Lage auch nicht zum Verteidigungskrieg. Dann kann man einen Krieg anzetteln und verliert den wieder. Ja, und so grundsätzlich müsst ihr argumentieren, kein Verteidigungskrieg, überhaupt kein Krieg. massenhafte Kriegsdienstverweigerung
Danke. [Applaus]

